Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bouwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 157 | Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage Bezugspreis: Monat 3.— Mk., vierteljährlich 9.— Mk. ausschl. Bestellgeld. | Halver Mittwoch, den 21. Juli 1920. | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 20 Pfg., auswärts 25 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch 90 mm breit 60 Pfg. | 20. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

• Die Entwaffnung der Sicherheitspolizei bezieht sich lediglich auf Artillerie und Maschinengewehre. Die Schußbewaffnung leichter Art verbleibt ihr.

• In einem Anfall von schwerer psychischer Störung, hervorgerufen durch den Druck allgemeiner und persönlicher Schwierigkeiten, hat Prinz Joachim von Preußen die Waffe gegen sich gerichtet und ist den Verletzungen erlegen.

• Die Entente richtete zur Erzwingung der Unterzeichnung des Friedensvertrages ein Ultimatum an die Türkei unter Androhung der Vertreibung aus Europa.

• Die internationale Finanzkonferenz ist auf den 25. September nach Brüssel einberufen worden.

• Zwischen Italien, Japan, Belgien und Portugal wurde ein Übereinkommen unterzeichnet, das sofort unter den Mächten einige Fragen (hauptsächlich die Entschädigungsfrage) lösen soll, die sich aus der Änderung des Friedensvertrages von Versailles ergeben.

Die Zukunft der Kleinstadt.

Wo sind die Zeiten hin, da die kleinen Städte sich entvölkerten und alles, was in ihnen einen gewissen Überschuß an geistiger oder wirtschaftlicher Arbeitskraft sein eigen nannte, in die großen Städte abwanderte, rein aus einem inneren naturnotwendigen Drange heraus, weil sie fürchten mußten, abseits von den großen Sammelpunkten des Verkehrs, des Handels, des politischen Lebens zu verkümmern oder unterzugehen? Die großen Städte blühten auf und wuchsen zu förmlichen Wasserköpfen an, eine Entwicklung, die selbstverständlich von denjenigen, denen sie zustattenkam, gar nicht laut genug gepriesen werden konnte. Und wer mit bangen Gefühlen auf sie hinwies als auf eine Quelle der Verarmung in den Mittel- und Kleinstädten, eine Verkümmerung unseres reichhaltigen, vielgestalteten Stammeslebens, der wurde als Rückschrittler verlacht und verspottet. Wenn nur Berlin und seine großen Wettbewerber im deutschen Städtekranz blühten und gediehen, was brauchte man sich sonst noch für Sorgen zu machen. Der wachsende Reichtum der Hauptstadt, die zunehmende Fülle und Behäbigkeit auf allen Gebieten mußte ja schließlich auch den Provinzen draußen, dem Lande zugute kommen, und wenn auch die kleinen und kleinsten Gemeinwesen, wie es schien, unaufhaltsam zurückgingen, so mußte eben diese unvermeidliche Nebenerscheinung des kulturellen Fortschrittes der neuen Zeit wohl oder übel in Kauf genommen werden.

Seit unserem Zusammenbruch im Weltkriege haben indessen die Dinge wieder einmal ein anderes Gesicht angenommen. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land lassen immer noch sehr viel zu wünschen übrig. Aber doch blickt der Städter heute schon mit ganz anderen Empfindungen auf den Bauern, den Dörfler, den kleinen Mann im kleinen Ort, der den Nöten der Zeit lange nicht so stark ausgesetzt ist wie der Massenmensch der Großstadt. Wer irgend dazu in der Lage ist, bricht seine Zelte in den großen Städten ab und sucht Zuflucht fernab vom Lärm der Großstadt, wo er ein stilleres, ein genügsameres, ein ergiebigeres Leben führen kann. Der Ruf nach schleunigstem Ausbau unserer Innenkolonisation, nach Errichtung neuer Heimstätten für Arbeiter, Handwerker und Landleute findet gerade in den Massenquartieren der Großstadt den lebhaftesten Widerhall, und glücklich schätzt sich, wem es gelingt, dem Elend und der Unrast der großen Stadt, den ewigen Massenbewegungen, Volksversammlungen und Demonstrationen den Rücken zu kehren. Freilich, die Aufnahmefähigkeit der kleinen Städte ist nichts weniger als unbegrenzt, aber wir müssen nun einmal bei der Lage, in der wir uns befinden, alle dichter zusammenrücken und dürfen uns den Luxus der Feindseligkeit, mit der die altangesessenen Bewohner von Ortschaften so oft fremden Zuzug empfangen, nicht länger leisten. Wenn es nach den einsichtigsten Volkswirtschaftlern gegangen wäre, die wir haben, hätte die Regierung schon längst diese Bewegung aus der Groß- in die Kleinstadt mit allen Mitteln gefördert. Sie war aber zu sehr mit anderen Aufgaben beschäftigt und wird sich vielleicht auch in dieser Frage, wie in mancher anderen, erst zur Stelle melden, wenn man ihrer nicht mehr bedarf. Aber jedenfalls, die Wertschätzung der kleinen Stadt ist gegenwärtig stark im Steigen begriffen, während die Großstädter alle Ursache haben, den früheren Hochstand ihrer Selbstüberschätzung gründlich herabzuschrauben.

Es verhält sich damit so, wie mit der augenblicklichen Lage des großen und des kleinen Unternehmers. Der große Fabrikant droht vielfach den gehäuften Schwierigkeiten der Gegenwart, den sozialen, den politischen, den geschäftlichen, zu erliegen, während der kleinere Unternehmer von ihnen weniger bedroht wird oder leichter in der Lage ist, ihnen auszuweichen. Die Stürme der Zeit haben ohnedies die Tendenz, gerade die stärksten, die höchsten und allerdings auch die fruchtbarsten Bäume umzureißen, weil von ihnen das Land weithin beherrscht wird. Am wildesten umbrandet werden die Riesenunternehmungen unserer Wirtschaft, die gehaßt und bekämpft werden. Mittlere und kleine Betriebe bleiben eher ungeschoren, zumal auch deren Arbeiterschaft agitatorischen Einflüssen nicht in gleichem Maße zugänglich ist wie in den gewaltigen, von Hunderten und Tausenden von Arbeitsmaschinen gefüllten Betriebssälen.

Das alles hat zur Folge, daß auch das geschäftliche, das gewerbliche Leben in der kleineren Stadt gesicherter dahinfließt, und je intensiver wir auch die entlegensten Quellen unseres nationalen Besitzes ausbeuten müssen, nachdem sich unsere Produktionslage insgesamt so ungeheuer zu unserem Nachteil verändert hat, desto mehr gewinnt auch die Kleinstadt an Bedeutung für den gesamten Nutzeffekt unserer Wirtschaft. Man möchte glauben, daß auf diese Weise allmählich wieder ein gerechterer Ausgleich in der Verteilung auch der geistigen und kulturellen Kräfte unseres Volkes zustande kommen, daß der größeren und kleineren Provinzpresse der ihr gebührende Einfluß zuwachsen und daß auf die Periode der Entvölkerung nunmehr eine solche der Bevölkerung des genannten flachen Landes folgen wird. Wie wir ja auch unsere gesamten Verkehrswege zu Wasser und zu Lande ungeheuer intensivieren müssen, wenn wir einigen Ersatz finden wollen für die unvorstellbare Einbuße, die uns der Frieden von Versailles auch auf diesem Gebiete eingetragen hat. Kurz, wohin wir blicken, für die Kleinstadt eröffnen sich inmitten all des Jammers, unter dem wir seufzen, Ausblicke, die uns doch dazu berechtigen, der deutschen Zukunft mit einigem Vertrauen entgegenzusehen.

Die ersten Auswirkungen von Spa.

In Deutschland.

Die deutschen Unterhändler haben nach ihrer Rückkehr sofort dem Kabinett berichtet und ihr Verhalten ist, wie versichert wird, gebilligt worden. Die Ergebnisse freilich werden noch näher geprüft werden müssen. Darüber heißt es: Zunächst wird das Kabinett die Berichte über die Beschlüsse von Spa entgegennehmen. Am Donnerstag findet eine Aussprache im Reichswirtschaftsrat über die wirtschaftlichen Fragen statt. Ob hier eine ähnliche Einmütigkeit, wie über die Auffassung der äußeren Vorgänge der Konferenz erzielt werden wird, ob es überhaupt möglich ist, mag zweifelhaft bleiben. Haben wir das erreichte Zugeständnis, wie Dr. Simons sagte, zu sehr teurem Preise bezahlt, so ist selbstverständlich, daß sich auch Menschen finden, die ihn zu teuer finden. Darauf würde es ankommen, von welcher Seite, ob von den sachverständigen und den unmittelbar betroffenen Kreisen solche Ausstellung erhoben werde.

Wir wissen, daß es bereits auf der Konferenz geschehen ist, und inzwischen bekannt geworden, daß der Kommissar für das Ruhrgebiet sich mehr als zweifelhaft über die Durchführbarkeit der verlangten Lieferungen, aber auch hinsichtlich der Wirkungen auf die Arbeiterschaft geäußert habe. Und ähnlich wird jetzt aus Sachsen gemeldet, daß amtliche Stellen den Zusammenbruch der sächsischen Industrie von dem Kohlenabkommen befürchten müßten. Endlich wird jetzt schon angekündigt, daß die wichtigste wirtschaftliche Körperschaft Deutschlands, der Reichswirtschaftsrat, eine schroff ablehnende Stellung einnehmen werde. Die hier herrschenden Stimmungen gingen offen dahin, das Abkommen könne nicht gehalten werden — das Gleiche, was immer gegen den Friedensvertrag eingewendet worden ist! — und es gehe offen darauf hinaus, die deutsche Industrie dauernd vom Wettbewerb auszuschalten. Wie weit diese Mitteilungen, die sicher auf einen Teil der Mitglieder des Reichswirtschaftsrates zutreffen, auch die Meinung seiner Mehrheit wiedergeben und wie weit sich diese Meinungen zu Anträgen und Beschlüssen verdichten werden, wird abzuwarten sein. Sicher bleibt doch das eine, daß Spa noch kein Ende bedeutet.

Gute Wünsche spendet uns das Ausland, soweit es an dem wirtschaftlichen Gedeihen Deutschlands interessiert ist. Von einer Schweizer Stelle, die wir als interessiert, deshalb aber noch nicht als befreundet gelten lassen, wird uns der Ausgang von Spa als Erfolg gebucht und die Unmöglichkeit weiterer Zugeständnisse mit dem Hinweis auf die Notlage der gesamten Weltwirtschaft klar gemacht. Die Frage wird nachher doch auch die sein, ob die Weltwirtschaft nicht Not leidet, weil das am kräftigsten und geordnetsten, geradezu wissenschaftlich produzierende Land künstlich niedergehalten und von jedem, auch dem loyalsten Wettbewerbe ausgeschaltet wird.

Das Ausland.

Die ersten und das Meiste sagenden Nachrichten über die Aufnahme, die die Beschlüsse von Spa bei unseren Gegnern gefunden haben, kommen aus Frankreich. Erklärlich, Frankreich hat hierbei wie immer, seit es sich nicht durch eigene Kraft, sondern weil es gerade der Nächste war und nur die Hand nach der Beute auszustrecken brauchte, das höchste Spiel gespielt und muß deshalb den Ausgang mit fieberhafter Spannung erwarten. Millerand selbst hat der Presse unmittelbar nach seiner Rückkehr Auskunft gegeben. Nach ihm ist Spa der Beginn der Ausführung des Friedensvertrages und zwar, wie er versichern zu können meinte, im Geiste der Versöhnlichkeit. Seine Angaben über das, was er mit diesem Geiste versteht, mögen auf sich beruhen bleiben; für ihn und die französische Politik entscheidet der zum Schluß von ihm betonte Gedanke, die Verbündeten hätten sich den Deutschen gegenüber immer in einer Einheitsfront gezeigt. Solche Einheitsfront ist nicht schwer zu erzielen gegenüber dem Opfer, solange es noch etwas herzugeben vermag, und jeder noch hoffen kann, seinen Anteil an der Beute zu erhalten. Wie aber ist es, wenn es nichts mehr hat? Und erst recht, wenn die Beute nicht nach den Wünschen eines jeden einzelnen verteilt werden kann?

Die revolutionäre Art, wie die französischen und erst recht die englischen Machthaber den Krieg und nachher die Friedensverhandlungen geführt haben, hat in ihren Ländern Begehrlichkeiten erweckt, mit deren Folgen sie noch lange zu rechnen haben werden. Darüber können alle schönen Worte, wie sie Millerand zu seiner und Frankreichs Beruhigung gebraucht hat, nicht wegtäuschen.

•

Das Urteil des Reichstages.

Einigkeit im Kabinett.

Die Regierung wird dem Reichstage eine Denkschrift über die Konferenz von Spa zugehen lassen, in der sie ausführlich die Gründe für die Annahme der Bedingungen der Alliierten behandelt. Der Hauptteil der Denkschrift wird demnächst amtlich veröffentlicht werden. Der Hauptausschuß des Reichstages wird im Laufe der Woche diese Denkschrift einer Beratung unterziehen, an der auch die deutschen Delegierten von Spa und die dort tätig gewesenen Sachverständigen teilnehmen werden. Das Plenum des Reichstages wird voraussichtlich vor dem 28. d. Mts. nicht zusammentreten. Auch das Plenum wird die Konferenzbeschlüsse von Spa einer eingehenden Beratung unterziehen. Wie verlautet, wollen die Regierungsparteien und allem Anscheine nach auch die Sozialdemokraten das Vorgehen der Regierung billigen und ihr das Vertrauen aussprechen. Die Gerüchte von bevorstehenden Ministerrücktritten infolge Unstimmigkeiten im Kabinett treffen nicht zu. Allerdings sind einige Minister gegen die Annahme der Bedingungen gewesen, haben sich aber überzeugen lassen, daß es besser sei, den Versuch zu machen, den Forderungen nachzukommen. Der Reichstag wird, wie man aus Kreisen der Regierungsparteien mitteilt, ein scharfes Urteil über die Politik der Entente fällen und einen Appell an die Bevölkerung richten, um Unüberlegtheiten und Streiks zu vermeiden.

•

Mehrlieferung oberschlesischer Kohle.

Der Reichsminister des Äußern, Dr. Simons, hat in Spa darauf bestanden, daß die ihm von Lloyd George mündlich gemachte Zusage, wonach die deutsche Forderung nach Mehrlieferung von oberschlesischer Kohle berücksichtigt werden sollte, ihm auch schriftlich ausgefertigt werde. Infolgedessen hat vor der Abreise aus Spa der Generalsekretär der Konferenz dem Reichsminister des Äußern eine Abschrift des Protokolls über die betreffende Unterredung überbracht. Allerdings enthalten ja die Äußerungen Lloyd Georges keine bestimmte Verpflichtung, und besonders keine Verpflichtung über die Höhe der oberschlesischen Lieferungen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✣ **Das Schicksal des deutschen Ostens.** Der Vorsitzende der Ententekommission in Marienwerder, General Pavia, hat sich nach Paris begeben, um dem Obersten Rat den im Friedensvertrag vorgeschriebenen Bericht über das Abstimmungsergebnis im deutschen Osten zu erstatten. In den letzten Tagen und Nächten ist an dem Bericht ununterbrochen gearbeitet worden und man darf hoffen, daß der Oberste Rat dem durch die Abstimmung kundgegebenen Willen der Bevölkerung gerecht werden wird. Die Interalliierte Kommission will die Entscheidung möglichst beschleunigen.

✣ **Das neue Reichswehrgesetz** wird dem Reichstage Ende des Monats zugehen, nachdem in Spa die Zahl des Reichsheeres endgültig festgelegt ist. Das Gesetz bringt die grundlegenden Bestimmungen für die Zusammensetzung der Reichswehr (Dienstzeit, Verpflichtungen, spätere Versorgung) und die Art ihrer Unterbringung. Den Wünschen Süddeutschlands entsprechend soll der landmannschaftliche Charakter der Truppe gewahrt bleiben. Die Truppen sollen dem Lande entstammen, in dem sie garnisonieren, auch die Bezeichnung der Truppen wird nach dieser Richtung hin erfolgen.

✣ **Die Internationale Finanzkonferenz.** Der Vorsitzende des Völkerbundrates, Senatspräsident Bourgeois, hat nunmehr die internationale Finanzkonferenz auf den 25. September nach Brüssel einberufen. Eine weitere Verschiebung ist nach seiner Ansicht nicht gut möglich.

✣ **Noch immer die Affäre vor dem Botschafterpalais.** In Paris hat die Tatsache eine gewisse Erregung hervorgerufen, daß die Reichswehrkompagnie, die an der französischen Fahne auf dem Botschafterpalais zu Berlin vorbeimarschieren mußte, beim Abrücken „Deutschland, Deutschland über alles" sang. Diese Tatsache wird dort für ernster gehalten, als der Zwischenfall vom 14. Juli selbst, dem das Publikum keine große Bedeutung beigemessen hat.

✣ **Rücktritt des badischen Staatspräsidenten.** Aus Karlsruhe wird gemeldet, daß der badische Staatspräsident Geiß der an ihn ergangenen Aufforderung, im Amte zu bleiben, nicht Folge leisten wird, sondern bei der nahe bevorstehenden Umbildung des Kabinetts aus der Regierung ausscheiden will. Der Posten des Staatspräsidenten wird vermutlich durch den bisherigen Justizminister Trunk (Ztr.) besetzt, während das vom jetzigen Staatspräsidenten verwaltete Ministerium für militärische Angelegenheiten sowie das Ministerium des Auswärtigen, das jetzt der deutschdemokratische Abgeordnete Dietrich versieht, als selbständige Ministerien aufgehoben werden. Die Zahl der Ministerien wird dadurch von sieben auf fünf zurückgehen.

✣ **Die bayerische Königspartei** veröffentlicht einen Aufruf, in dem sie zur Sammlung aller derer aufruft, die dem bayerischen Volks- und Königstum eine feste Grundlage für sein Wiederaufersteben schaffen wollen. Bayern könne nicht bis zur Wiederherstellung des deutschen Kaisertums warten, es müßten vielmehr diejenigen Völker, deren Gesinnung überwiegend monarchisch sei, ihre Krone wieder gewinnen, ehe sie dem Reiche nach Willen der Völker wieder eine Spitze gäben.

✣ **Polnische Bandentätigkeit in Oberschlesien.** In den letzten Tagen besetzte plötzlich eine polnische Bande von etwa dreißig Mann, sämtlich mit Gewehren bewaffnet, den Bahnhof von Imielin, Kreis Pleß. Alle in Richtung Myslowitz fahrenden Züge waren gezwungen, die Station ohne Aufenthalt zu durchfahren. Wie das Betriebsamt Kattowitz mitteilt, hat sich die Bande inzwischen wieder vom Bahnhof entfernt.

✣ **Abtransport der Bermonttruppen.** Der Abtransport sämtlicher noch in deutschen Gefangenenlagern befindlichen russischen Gefangenen ist eingeleitet. Die noch im Gefangenenlager Alten-Grabow untergebrachten Truppen der ehemaligen Bermontarmee werden demnächst gleichfalls abtransportiert. Die Mannschaften werden zunächst nach Havelberg überführt, die unverheirateten Offiziere siedeln in das Lager Wünsdorf über, die verheirateten Offiziere verbleiben noch im Lager Alten-Grabow. Über angebliche Beziehungen, die zwischen Offizieren des Lagers Alten-Grabow und reaktionären deutschen Offizieren bestehen sollen, ist an amtlicher Stelle nichts bekannt. Die Truppen der Armee Bermont werden nicht als Internierte, sondern als Gefangene behandelt.

Großbritannien.

✕ **Das widerspenstige Irland.** Der vorläufige königlich-britische Polizeichef von Irland, Smyth, ist in Cork im Countyklub erschossen worden; der Landeshauptmann Craig

wurde lebensgefährlich verwundet. 14 Männer drangen in das Gebäude ein, hielten in der Halle den Portier fest, drangen in den Raum und durchlöcherten Smyth mit Kugeln, während Craig einen Schuß ins Bein erhielt. 40 bewaffnete Männer hielten die Post, die zwischen Donaghmore und Tyrone verkehrt, an und raubten die für die Polizei und Armee bestimmte Korrespondenz. In einem anderen Orte wurde ein Personenzug aufgehalten. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden in einem Automobil nach einem unbekannten Orte entführt. Zur gleichen Zeit drangen Sinnfeiner in das Postamt ein und unterbanden jeden telephonischen und telegraphischen Verkehr mit den Nachbarorten.

Norwegen.

× **Betriebsrätegesetz nach deutschem Muster.** Der norwegische Staatsrat beschäftigte sich mit dem Gesetz über die Bildung von Arbeiterausschüssen in industriellen Betrieben von mehr als 50 Arbeitern. Nach diesem Gesetz sollen die Arbeiterausschüsse das Recht haben, bei der Regelung von Lohnfragen, Arbeitsbedingungen, Kündigungen und Entlassungen und bei großen Betriebsveränderungen mitzuwirken. Es wird vorgeschlagen, das Gesetz sofort in Wirksamkeit treten zu lassen.

Moderne Chirurgie bei den Berbern. Der englische Hauptmann Hilton-Simpson und seine Gattin sind nach London von einer Forschungsreise zurückgekehrt, die sie zu dem unter dem Namen Shawia bekannten Berberstamm geführt hatte. Der Stamm besteht aus den Nachkommen einer alten weißen Rasse. Wie die Forscher berichten, sind die Eingeborenen in der Kunst der Ausführung schwerer Operationen wohl erfahren. Hauptmann Hilton-Simpson war selbst Augenzeuge von Schädelbohrungen und kunstvoll ausgeführten chirurgischen Eingriffen zum Zwecke der Überpflanzung von Gliedern und Knochen. Alle diese schweren Operationen wurden ohne Anwendung irgend eines Betäubungsmittels ausgeführt. Die dabei benutzten, selbstgearbeiteten chirurgischen Instrumente waren von einfachster Art. Was die innere Medizin der Berber anbetrifft, so scheint sie den von den arabischen Ärzten des 13. Jahrhunderts angewandten Methoden zu entsprechen.

Rußland.

× **Generalangriff gegen Rumänien.** Das ukrainische Pressebureau meldet, daß zwischen Rostow, dem Dnjestr und der rumänischen Grenze ein bolschewistischer Generalangriff in vollem Gange sei. Die bolschewistischen Pläne, die ukrainische Armee zum Übertritt auf polnisches und rumänisches Gebiet zu zwingen, sind gescheitert. Die Moskauer Funksprüche berichten über eine große Offensive gegen Rumänien, weil angeblich in Bessarabien eine antibolschewistische Expedition vorbereitet wird.

× **Die friedfertige Sowjetregierung.** Nach einer englischen Meldung hat die Sowjetregierung in einer umfänglich begründeten Antwort auf den englischen Friedensvorschlag erwidert, Rußland räume keiner Nation das Recht ein, zwischen der Sowjetregierung und Polen zu intervenieren. Die Sowjetregierung werde aber auf einen Waffenstillstand mit Polen eingehen, wenn Polen ihn verlangt, denn Rußland wolle den Frieden. — Die Polen haben ihrerseits, wie es auch erklärlich ist, ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß offen erklärt. Wie über Paris gemeldet wird, ist die öffentliche Meinung des Landes gefaßt. Die Beratungen nach der Rückkehr Grabskis zogen sich in sehr bewegten Formen in die Länge und führten schließlich zur Annahme der Bedingungen. Die Regierung von Warschau brachte den Alliierten diese Entscheidung zur Kenntnis.

× **Bolschewistenrückzug.** Litauische und bolschewistische Vertreter verhandeln augenblicklich, um eine Übernahme der Stadt Wilna durch die Litauer herbeizuführen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Bolschewisten Wilna wieder räumen und es entsprechend dem geschlossenen Friedensvertrag den Litauern übergeben werden. In der Stadt herrscht zwischen den Bolschewisten und einer inzwischen eingetroffenen litauischen Abteilung das beste Einvernehmen.

Finnland.

× **Russische Feindseligkeit gegen Finnland.** Der finnische Minister des Auswärtigen Holsti erklärte anläßlich des Abschlusses der finnisch-russischen Friedensverhandlungen, daß die finnischen Vertreter den ehrlichen Willen hatten, einen Frieden zustande zu bringen, daß aber dieser Wille bei den russischen Vertretern nicht vorhanden war. Nachdem sie das Selbstbestimmungsrecht für Esthland und Lettland anerkannt hatten, weigerten sie sich, gleiche Anerkennung für Ostkarelien vorzunehmen.

Japan.

× **Große Flottenrüstungen gegen — Unbekannt!** Im japanischen Abgeordnetenhause hat der Marineminister Mitteilungen über den Flottenbau gemacht. Nach diesen Mitteilungen kann Japan jährlich zwei Großkampfschiffe auf Stapel legen. Das gegenwärtige Marinebudget sieht den Bau von 4 Dreadnoughts, 4 Schlachtkreuzern, 12 Kreuzern und eine Anzahl kleinerer Schiffe vor. Die Kosten sollen 680 Millionen Yen betragen. Der Marineminister betonte, das Flottenprogramm sei gegen keinen bestimmten Feind gerichtet, sondern durch die insulare Lage Japans notwendig.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die beiden sozialistischen Fraktionen der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung sind übereingekommen, den bisherigen Oberbürgermeister Wermuth wiederzuwählen.

Paris. Die Besserung im Befinden Deschanels macht Fortschritte, so daß er glaubt, am 4. September wieder in Paris sein zu können.

Paris. In der Vorstadt Boulogne sur Seine haben zwei Anarchisten die französische Fahne von der Mairie heruntergeholt und zerrissen.

Belgrad. Ministerpräsident Wesnitsch erklärte in der Nationalversammlung, die Regierung habe ihren römischen Vertreter angewiesen, von der italienischen Regierung wegen der Vorgänge in Triest Schadenersatz zu verlangen. Die Regierung werde auch an den Obersten Rat appellieren.

Riga. Die Sowjetregierung hat bei der esthnischen Regierungsbank in Reval 25 Millionen Goldrubel hinterlegt, die als Sicherheit für russische Wareneinkäufe in England bestimmt sind.

Helsingfors. Die Mitglieder der nach England reisenden russischen Delegation werden in Reval von einem finnischen Torpedoboot abgeholt. Die Delegation besteht aus Krassin, Kehan und Mongin.

Ein Staatsrat für Preußen?

Zur Neugestaltung der Verfassung.

Der Freistaat Preußen soll einen Staatsrat bekommen. So ist es in dem Verfassungs-Entwurf, über den in diesem Herbst beraten werden soll, vorgesehen. Ob dieser Staatsrat Wirklichkeit werden wird, ist aber noch zweifelhaft. Es ist sehr wohl möglich, daß gerade aus den Gründen, aus denen der für Preußen ins Auge gefaßte Staatsrat kein Staatsrat ist, gegen die Bildung dieser Körperschaft entschieden wird.

Was versteht man denn unter „Staatsrat"? Tatsächlich wird die Bezeichnung Staatsrat in doppeltem Sinne gebraucht: als Titel wie in Frankreich und früher in Rußland und als Benennung einer Gesellschaft von namhaften Männern, die berufen sind, sich über wichtige Regierungsmaßnahmen, Gesetzentwürfe usw. gutachtlich zu äußern, bevor diese Entwürfe an die Volksvertretung gehen. In diesem Sinne gibt es in verschiedenen Ländern einen Staatsrat und auch im monarchischen Preußen hat es einen solchen Staatsrat gegeben. Man hat nur selten von ihm gehört, weil er nur in ganz besonderen Fällen um seine Ansicht befragt wurde.

Von einem derartigen Staatsrat für Preußen ist aber jetzt nicht die Rede. Der Staatsrat, den man schaffen will, ist als Gegengewicht für die preußische Landesversammlung, Preußens Volksvertretung, gedacht. Dieser Staatsrat soll aus Vertretern der Provinzen gebildet werden und soll zum Beispiel die Befugnis erhalten, gegen Gesetze, die von der Landesversammlung beschlossen sind, namentlich wenn die Ausführung dieser Gesetze geldlichen Aufwand erfordert, Einspruch zu erheben. Dadurch wird dem für Preußen geplanten Staatsrat die Rolle einer ersten Kammer, eines Senats, eines Oberhauses zugeteilt. Das durch den Umsturz vom 9. November 1918 beseitigte preußische Herrenhaus soll, wenn auch in völlig veränderter Gestalt, seine Auferstehung feiern. Mit Rücksicht darauf ist es aber, wie schon angedeutet, noch sehr fraglich, ob die Schaffung des Staatsrats für Preußen endgültig beschlossen werden wird. Auf der Linken ist man dagegen, auf der Rechten dafür. Und wenn die Entscheidung für den Staatsrat fällt, so bleibt die Frage noch sehr umstritten, welche Befugnisse man dieser Körperschaft zubilligen, mit welchen Gerechtsamen man sie ausstatten wird. Auf der Rechten will man, daß der Staatsrat das Herrenhaus ersetze und darum ist man auf dieser Seite für einen mächtigen Staatsrat; auf der Linken will man unter allen Umständen verhindern, daß der Staatsrat sich zum Herrenhaus ausbilde, und darum ist die Linke gegen einen Staatsrat überhaupt oder für einen ohnmächtigen Staatsrat.

Aus alledem geht hervor, daß es sich bei dem für Preußen in Aussicht genommenen Staatsrat um eine der wichtigsten Verfassungsfragen handelt; um die Frage, was vorzuziehen sei: Einkammersystem oder Zweikammersystem. Früher hielt man es fast allgemein mit dem Zweikammersystem. Der deutsche Reichstag war nur scheinbar eine Ausnahme. Tatsächlich hatte er im Bundesrat ein Gegengewicht. Durch den 9. November 1918 aber sind in Deutschland diejenigen zur Herrschaft oder zum maßgebenden Einfluß gelangt, die das Einkammersystem für das Richtige erklären, die in einem Oberhaus oder Herrenhaus etwas Schädliches weil mit der allgemeinen Gleichheit Unverträgliches erblicken. Wenn trotzdem schon jetzt in Preußen so große Bedenken gegen die Vortrefflichkeit des Einkammersystems laut werden, daß man allen Ernstes die Bildung einer die Bezeichnung „Staatsrat" führenden Ersten Kammer erörtert, so hat das seine besonderen Gründe. Preußen soll keinen Staatspräsidenten erhalten, weil dieser Staatspräsident wegen der Größe Preußens ein zu mächtiger Nebenbuhler des Reichspräsidenten sein würde. Der Mangel eines Staatspräsidenten aber führt dazu, die sonst dem Staatsoberhaupte zustehenden Rechte auf andere Stellen zu übertragen. Dabei kommt man, solange es in Preußen an einer Ersten Kammer fehlt, in Verlegenheiten.

Abgesehen davon spricht eine allgemeine Erwägung für die Bildung eines Staatsrats. Volksvertretungen sind von jeher freigebig in der Bewilligung von öffentlichen Geldern für Zwecke gewesen, die sie, im Gegensatz zur Regierung, aus irgendwelchen Gründen für ersprießlich halten. Dieser Bewilligungsfreudigkeit Grenzen zu ziehen, hat sich in Preußen bereits jetzt als sehr wünschenswert erwiesen. Aufgabe des Staatsrats in Preußen soll es auch sein, dahin zu wirken, daß sparsamer als bisher gewirtschaftet wird. *St.*

Schlechter Geschäftsgang im Ruhrrevier.

Drohende Arbeiterentlassungen.

Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk werden einzelne Werke infolge des Mangels an Aufträgen innerhalb kürzester Frist gezwungen sein, ihre für die Radsatzerzeugung in Betracht kommenden Betriebe stillzulegen, da wenig Hoffnung vorhanden ist, ihnen für die nächsten Monate eine auch nur einigermaßen ausreichende Beschäftigung zu sichern. Den Grundstock hierfür bilden nämlich die regelmäßig wiederkehrenden umfangreichen Bestellungen der preußisch-hessischen Staatseisenbahn, die indessen bisher vergeblich erwartet wurden. Sollte die Reichseisenbahnverwaltung angesichts ihrer ungünstigen Finanzlage und in Erwartung einer weiteren Senkung der Preise mit ihren Beschaffungen auch weiter zurückhalten, so wäre dieses vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus nur lebhaft zu bedauern, da eine große Anzahl besonders geschulter Arbeiter ohne Beschäftigung dastehen würde.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 21. Juli 1920.

□ **Die verheiratete Lehrerin.** Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat einen Erlaß gezeichnet, der die Anstellungsverhältnisse verheirateter Lehrerinnen regelt, nachdem schon ein Runderlaß vom 8. März dieses Jahres unter Aufhebung aller entgegenstehender Erlasse angeordnet hatte, daß künftig in die Berufungsurkunde der Lehrerinnen kein Vorbehalt mehr aufgenommen werden dürfte, daß im Falle ihrer Verheiratung ihr Anstellungsverhältnis erlischt, und daß Lehrerinnen, deren Berufungsurkunde mit diesem Vorbehalt versehen ist, nach ihrer Verheiratung auf ihren Wunsch einstweilen auftragsweise und widerruflich im öffentlichen Schuldienste weiter beschäftigt werden dürfen. In Erweiterung jener Anordnung ermächtigt nunmehr der Minister die Regierungen und Provinzialschulkollegien, falls die letztgedachten Lehrerinnen nach ihrer Verheiratung weiter im Schuldienste zu bleiben wünschen, fortan von der ihnen auf Grund jenes Vorbehaltes zustehenden Entlassungsbefugnis vorläufig bis auf weiteres keinen Gebrauch zu machen.

□ **Die Fleischkarte.** Im Publikum herrscht vielfach die Ansicht, daß die augenblickliche Reichsfleischkarte die letzte sei. Dies ist nicht richtig, obwohl die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches zum 1. Oktober aufgehoben werden soll. Da die Fleischkarte durch Bundesratsverordnung eingeführt worden ist, kann sie auch nur durch Mitwirkung der gesetzgebenden Faktoren aufgehoben werden Bis dahin werden Fleischkarten wohl noch ausgegeben werden. Ob der in vielen Städten herrschende Zwang, bei einem bestimmten Schlächter kaufen zu müssen, bestehen bleibt, ist fraglich. In Hamburg kann man jetzt ebenso wie das Brot auch das Fleisch gegen Karte überall kaufen. Welche Ersparnisse übrigens durch den allmählichen Weg-

Contessa Yolandas seltsame Heirat.

Ein Roman aus der römischen Gesellschaft.

Von A. Boettcher.

11 (Nachdruck verboten!)

Er hat in der majestätischen Gestalt, die in ihrem knappen dunkelblauen Reitkleid wie angegossen auf der feurigen Vollblutstute sitzt, die Herzogin Ludovisi erkannt.

Bei seinem Anblick zuckt sie leicht zusammen. Doch auch jetzt noch färbt kein Hauch von Röte das marmorweiße Gesicht, aus dem die tiefroten Lippen wie eine offene Wunde hervorbrennen.

„Nun? Woher des Wegs?" fragt sie mit müder Stimme.

„Vom Monte Pincio."

„Und warum suchen Sie nach dem Gesellschaftstrubel des Monte Pincio die Einsamkeit der Villa Borghese auf?"

„Weil ich das Bedürfnis habe, allein zu sein."

„Dann werde ich mich entfernen, um Ihre Einsamkeit nicht zu stören."

Sie will ihrer Stute die Sporen geben. Doch er hält sie mit einer bittenden Bewegung zurück.

„Nicht doch! Silvia! Bleiben Sie! Sie sind für mich nicht, wie all die andern!"

Schweigend lenkt sie ihre Stute um und bleibt an seiner Seite.

In der Gemütsstimmung, in der er sich befindet, bemerkt er nicht, daß auch die Frau, die scheinbar so ruhig und marmorkalt neben ihm herreitet, von einer seltsamen Unruhe verzehrt wird.

„Was fehlt Ihnen, mein Freund? Sie sind nicht wie sonst!" sagt sie plötzlich, ihn anblickend, und ihm ist, als dringe ihm der Blick dieser dunklen Sphinxaugen bis ins tiefste Innere und lege seine ganze Seele, all sein Denken und Empfinden, bloß.

Von jeher übte diese Frau einen unheimlichen Einfluß auf den heißblütigen, impulsiven Grafen aus, dessen Nervensystem von Geburt an geschwächt und der deshalb von einem starken, festen Willen leicht zu beeinflussen ist.

Und dennoch befällt ihn heute eine geheime Scheu, sich zu ihr auszusprechen über das, was sein ganzes Herz in Aufruhr brachte.

„Sie wollen sich mir nicht anvertrauen?" lächelt sie bitter, als er ihre Frage unbeantwortet läßt. „So will ich es Ihnen sagen, was Sie beunruhigt: Sie grübeln über eine Frau nach!"

Er atmet schwer. Dann erwidert er widerstrebend: „Sie haben recht, wie immer!"

„Und diese Frau ist — die Contessa Milleſoire," fährt sie mit harter Stimme fort.

Sein erregungsbleiches Gesicht rötet sich ein wenig.

„Sie kennen die Contessa genauer?" fragt er rasch.

Unter halbgeschlossenen Lidern hervor schießt ein durchdringender Blick zu ihm hinüber.

„Nur flüchtig. Ich lernte sie da kennen, wo Ihr alle ihre Bekanntschaft machtet: in der Maskerade des Gesellschaftstrubels. Sie soll übrigens die Tochter eines Schulmeisters sein. Ein etwas eigentümliches Lehrerstöchterlein — dünkt mich!"

„Weshalb?" fällt er eifrig ein. „Ich finde sie unendlich liebreizend und unschuldig!"

Die Herzogin lacht laut auf — fast zu laut für eine Dame der höchsten Aristokratie.

„Wie schnell und genau ihr Männer stets den Charakter einer schönen Frau zu kennen glaubt!"

Und sie gibt ihrem Pferde mit der Reitpeitsche einen Schlag über den gebogenen flachen Hals, daß es sich hoch aufbäumt, einen Sprung macht und dann heftig schnaubend und an allen Gliedern zitternd, in raschem Trabe dahintänzelt.

Er sprengt ihr nach — schweigend, mit finsterem Gesicht.

Ein kühler Wind bläst ihnen entgegen und kühlt die Glut, die in beiden glimmt.

Plötzlich hält der Graf, der etwas voraus war, sein Pferd an und wendet sich mit einer raschen Bewegung zu seiner Begleiterin.

„Sonst wissen Sie gar nichts über die Contessa?"

Das Thema scheint ihr lästig zu sein; denn noch tiefer wird die Furche auf ihrer Stirn.

„Ich sagte Ihnen schon: nicht mehr als andere. Ihr Vater soll tot sein. Sie selbst ist Witwe —"

„Ja ja ... ich weiß ... Ob sie wohl ihren Gatten sehr geliebt hat?"

„Bah, geliebt! Mit siebzehn Jahren heiratete sie einen Sechzigjährigen. Das sagt genug."

„Armes Kind!"

Verächtlich zuckt die Herzogin die Achseln.

„Er war eben ein Graf, der alte Mann. Und vor allem — reich. Die arme Lehrerstochter hat eben ihre Zukunft gesichert."

Wieder reiten beide eine Weile schweigend nebeneinander her, jedes mit seinen Gedanken beschäftigt. Dann rafft der Graf sich zu einer neuen Frage auf.

„Glauben Sie, daß sie sich wieder verheiraten wird?"

„Vermutlich. Wenn sie sich Vorteil davon verspricht. Sonst wird ihr ihre Freiheit wohl mehr wert sein."

„Sie sind gegen sie eingenommen, liebe Freundin!"

„Durchaus nicht. Aber ich sehe sie, wie sie ist und nicht durch die rosafarbene Brille des Verliebten."

Er macht eine hastig abwehrende Bewegung, wobei eine kleine weiße Fliederblüte, die er im Knopfloch trug, zur Erde fällt. Rasch bückt er sich danach und will sie wieder im Knopfloch befestigen.

Da geschieht etwas Unvorhergesehenes, Unerhörtes: Die Herzogin Silvia Ludovisi, die „persona gratissima", bei Hofe, die stolze, als kalt und unnahbar bekannte vornehme Dame verliert — vielleicht zum erstenmal in ihrem Leben — ihre Selbstbeherrschung.

Mit einem zischendem Laut, der wie der einer Schlange klingt, reißt sie dem verblüfften Mann die Blume aus der Hand und schleudert sie zu Boden.

„Sie sollen solchen Unsinn nicht mitmachen — Sie nicht!" ruft sie leidenschaftlich, mit zornfunkelnden Augen. „Ich will nicht, daß Sie sich zu einem jener gehirnlosen Laffen erniedrigen, die eine Frau vergöttern, nur weil sie eine schöne Larve hat!"

Er will abwehren, will sich verteidigen. Doch sie hört nicht auf ihn. Die furchtbare Erregung hat ihr für den Augenblick jede weibliche Zurückhaltung geraubt.

(Fortsetzung folgt.)

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, schweizer und französische Frank und Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" = angeboten; „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze	19. 7. Geld	19. 7. Brief	17. 7. Geld	17. 7. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland . . Gulden	1348,65	1351,35	1348,65	1351,35	170 Mk.
Dänemark . . Kronen	634,35	635,65	636,85	638,15	112 „
Schweiz . . Frank	679,30	680,70	679,30	680,70	72 „
Amerika . . Dollar	38,45	38,55	38,25	38,35	4,40 „
England . . Pfund	149,10	149,40	149,47	149,77	20,20 „
Frankreich . . Frank	319,65	320,35	320,65	321,35	80 „
Italien . . . Lire	225,75	226,25	225,75	226,25	80 „
Dt.-Österreich . Kronen	22,97	25,03	25,37	26,43	85 „
Ungarn . . . Kronen	23,59½	23,65½	23,87	23,93	85 „
Tschechien . . Kronen	84,15	84,35	84,40	84,60	85 „

Berliner Produktenverkehr. Amtlich festgestellte Preise der Berliner Produktenbörse am 19. Juli: Hafer per 1000 Kilogramm auf Abladung 2480—2540 Mark ab Station. Tendenz fest.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen, 140—185 Mark, gelbe und grüne Erbsen 110—140 Mark, Peluschken 75—90 Mark, Ackerbohnen 100—110 Mark, Wicken 70—90 Mark, Lupinen blaue 45—53 Mark, gelbe 50—65 Mark, Serradella 35—45 Mark, Wiesenheu, lose, altes 27—29 Mark, neues 17—19 Mark, Stroh, drahtgepreßt 9—9,50 Mark, gebündelt 7—7,50 Mark, Trockenschnitzel 53—58 Mark, Patent Steffen 90—95 Mark.

* **Preisermäßigungen in Thüringen.** Nach Erklärungen des Ministerialdirektors Fritsch im Koburgischen Landtag steht der Haupteinkauf Thüringens G. m. b. H. in Weimar, der von den Städten und Kommunalverbänden Thüringens zur Versorgung mit Kolonialmaterialwaren und Fischen gegründet wurde, infolge der Preisrückgänge vor dem Konkurs. — Mit Genehmigung der Landesfleischstelle Thüringens wurden für zahlreiche Kreise Thüringens die Kleinhandelspreise für Fleisch und Wurst um etwa 20 % herabgesetzt: Rind- und Hammelfleisch 7,50, Kalbfleisch 6,50, Schweinefleisch 12 Mk., Wurst 6—9 Mk.

* **Frankreichs und Deutschlands wirtschaftliche Lage.** Ein schwedischer Volkswirt vergleicht Frankreichs und Deutschlands wirtschaftliche Verhältnisse. Das Preisniveau in Kronen umgerechnet, liege in Paris bei 230, in Berlin bei 400 %. Die französische Industrie sei im wirklichen Aufblühen und größtenteils gut beschäftigt; in dem zerstörten Gebiet nehme ein Unternehmen nach dem andern seine Arbeit auf, obwohl mit Rücksicht auf den Eindruck in Spa behauptet wird, daß der Beschäftigungsgrad infolge Ausbleibens der deutschen Kohle geringer geworden sei als in Deutschland. In Frankreich gebe es keine Not der Kopfarbeiter wie in Deutschland.

* **Getreide-Saatgutverkehr.** Auf Grund einer Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft wird nunmehr auf Grund der früher bekanntgegebenen Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 der Saatgutverkehr mit Getreide für das neue Wirtschaftsjahr geregelt. Diese Verordnung ist in Kraft getreten. Es ist im wesentlichen an der bisherigen Regelung festgehalten. Jedoch erstreckt sie sich infolge der neuen Bestimmungen der Reichsgetreideordnung dieses Jahr wieder auf Hafer. Demgemäß ist also die Einrichtung der Saatkarten beibehalten worden, und es dürften sich die im Vorjahre hierfür geschaffenen neuen Einrichtungen so eingeführt haben, daß jetzt eine glatte Abwicklung des Verkehrs erwartet wird.

* **Der deutsche Städtetag gegen die Kartoffelpreisfestsetzung.** Der Städtetag hat im Hinblik auf die außerordentliche Gefahr, in der die städtische Kartoffelversorgung für den nächsten Winter schwebt, an den Reichsernährungsminister eine Eingabe gerichtet. Diese Eingabe wendet sich gegen den von der Regierung festgesetzten unmäßig hohen Mindestpreis von 25 Mk. für den Zentner Kartoffeln, welcher selbst in landwirtschaftlichen Kreisen als übertrieben betrachtet wird. Die Eingabe verlangt alsbaldige Maßnahmen der Regierung, um eine genügende Kartoffelversorgung zu erträglichen Preisen zu gewährleisten.

* **Gute Reisernte in Sicht.** Nach sachverständigen Schätzungen wird die diesjährige Reisernte Bulgariens ganz hervorragend ausfallen. Auch die Weinernte dürfte befriedigend werden und etwa 600 000 Hektoliter ergeben.

* **Ausverkäufe von Textilwaren wieder gestattet.** Das Reichswirtschaftsministerium macht bekannt, daß die Bestimmungen über das Verbot der Ausverkäufe von Textilwaren aufgehoben sind.

* **Bedingungen für die Überstunden im Bergbau.** Der Reichsverband deutscher Bergbauangestellter erörterte auf seinem Bezirkstag in Gelsenkirchen die Frage der Überarbeit im Bergbau eingehend. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Wir knüpfen an ein weiteres Verfahren von Überschichten folgende Bedingungen: 1. Freilassung des Überschichtengeldes von jeglicher Besteuerung, 2. Überweisung eines gewissen Betrages aus dem Verkaufspreis der Kohlen an die Knappschaftskasse zwecks Aufbesserung der kläglichen Pensionen, 3. Sicherstellung einer besseren Ernährung, insbesondere bessere Belieferung mit gesundheitlich einwandfreiem Brot. Mit dieser Entschließung befinden wir uns in vollster Übereinstimmung mit den unterstellten Bergarbeitern und knüpfen hieran die feste Erwartung, an maßgebender Stelle gehört zu werden.

* **Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden.** Die badische Regierung hat durch Erlaß sämtliche Kommunalverbände ermächtigt, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Ölfrüchte, Schlachtvieh, Fleisch, Fett, Tabak, Lacke, Hanf und andere Gespinste aufzuheben. Aufrechterhalten bleibt das bestehende Schlachtverbot.

* **Der hessische Bauernbund und die Zwangswirtschaft.** Der hessische Bauernbund hielt eine Protestversammlung ab, auf der eine Entschließung gefaßt wurde, die verlangt, daß mit dem beschleunigten Abbau der Zwangswirtschaft Ernst gemacht werde und in der gegen die Verschärfung der Zwangswirtschaft der Getreideerfassung Protest erhoben wird. Sollte die Regierung nicht gewillt sein, auf die berechtigten Wünsche der Landwirte einzugehen, so müßten diese die Verantwortung für die Folgen ablehnen.

* **Rückgang im Bau von Handelsschiffen.** Nach einer englischen Statistik über das verflossene Vierteljahr wurde in Großbritannien im Juli 3 678 173 Tonnen Handelsschiffsraum gebaut. Das sind 184 000 Tonnen mehr als im März 1920. Die Vereinigten Staaten verzeichnen im Schiffsbau einen Rückgang von 467 000 Tonnen gegenüber dem Monat März 1920. Mit 7 720 904 Tonnen ist die Gesamttonnenzahl der Neubauten in der ganzen Welt um 221 000 Tonnen geringer als im März 1920.

Schriftleitung: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf.

Für die so herzliche Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen, für die reichen Kranzspenden sowie für das zahlreiche Grabgeleit sprechen wir hiermit allen unsern

aufrichtigsten Dank

aus.

Wilhelm Hukenbeck und Kinder.

Ober-Herweg, den 19. Juli 1920.

Der

Männer-Gesang-Verein

Hahnenberg

veranstaltet am Sonntag, den 25. Juli 1920 im Saale des Herrn C. Werthmann zu Buschhausen ein

großes Konzert

mit theatralischen Aufführungen und anschließendem Ball

unter Mitwirkung des Damen-Chors und Gemischten Chors „Eintracht"-Buschhausen.

Anfang punkt 4 Uhr. Kassenöffnung 3½ Uhr.

Es ladet freundlichst ein

Das Festkomitée. Der Vorstand.

Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Konsumverein für Kierspe-Bhf. u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Bilanz vom 31. Mai 1920.

Aktiva		Passiva	
Kassenbestand	538,60	Geschäftsanteile	3052,13
Warenbestand	30507,24	Kautionen	1500,—
Inventar	353,40	Unkosten	3901,31
Forderungen	135,75	Specialreservefond	1489,42
Bankguthaben	46,57	Reservefond	565,92
		Darlehn	10000,—
		Reingewinn	11072,88
	Mk. 31581,56		Mk. 31581,56

Mitgliederzahl am 1. Juni 1919	176	Die Haftsumme betrug am 31. Mai 1919	3520.—
Zugang	12	und erhöhte sich um	3960.—
Abgang	1	und betrug am 31. Mai 1920	7480.—
Mitgliederzahl am 1. Juni 1920	187		

Das Geschäftsguthaben betrug am 1. Juni 1919 2 675,72
Erhöhte sich im Laufe des Geschäftsjahres um 376,41
Und betrug am 31. Mai 1920 Mk. 3052,13

Der Vorstand.
Alb. Schröder, Paul Bungenberg.

Amt Halver. Kleie.

Ausgabe erfolgt am Lager der Bäuerlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft in Halver.

Halver, den 19. Juli 1920. Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Die **Gewerbesteuerrollen** der Gemeinden **Halver und Schalksmühle** für das Rechnungsjahr 1920 liegen vom 26 d. Mts. ab eine Woche zur Einsicht offen und zwar die Rolle für Halver im Amtshause Zimmer 2 und die Rolle für Schalksmühle im Geschäftszimmer des Gemeindevorstehers in Schalksmühle. Es ist nur den Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks Einsichtnahme in die Rollen gestattet.

Halver, den 14. Juli 1920. Der Amtmann.

Verordnung.

Frühkartoffeln eigener Ernte.

Auf Grund der §§ 12. 15 und 17 der Bundesratsverordnung betr. die Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September / 4. November 1915 wird mit Zustimmung des Herrn Regierungs-Präsidenten in Arnsberg für den Umfang des Kreises Altena folgendes angeordnet:

Die im Kreise gewachsenen Frühkartoffeln werden für die öffentliche Bewirtschaftung hiermit in Anspruch genommen. Als Frühkartoffeln gelten alle Kartoffeln, die bis zum 15. September d. J. geerntet werden. Dem Erzeuger werden nur die Frühkartoffeln belassen, die er zu seinem eigenen Bedarf, d. h. in seiner Wirtschaft als Speisekartoffeln, sowie als Saatkartoffeln gebraucht. Abgabe der Frühkartoffeln, die hiernach von dem Erzeuger in Anspruch genommen werden können, an andere Haushaltungen oder eine Ausfuhr dieser Kartoffelmengen ist verboten.

Die über den eigenen Bedarf hinaus geernteten Frühkartoffeln sind dem nach der Belegenheit der Erntestächen zuständigen Bürgermeister oder Amtmann zur Verfügung zu stellen.

Jeder Erzeuger hat die Menge der geernteten Frühkartoffeln spätestens am 3. Tage nach der Ernte dem Bürgermeister oder Amtmann anzuzeigen, in dessen Amtsbezirk sie gewachsen sind. Er hat dabei seinen eigenen Bedarf anzumelden. Dieser Bedarf wird nachgeprüft werden, und es wird danach die in Anspruch zu nehmende Menge bestimmt, auch angeordnet werden, wann und wohin sie abzuliefern sind.

Für die in Anspruch genommenen Vorräte wird ein unter Berücksichtigung des Höchstpreises, sowie der Güte und Verwendbarkeit der Vorräte zu vereinbarender Uebernahmepreis gezahlt. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird über den Preis im Enteignungsverfahren entschieden.

Altena, den 12. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Thomée, Landrat.

Erhielt eine Sendung Bunzlauer Geschirr:

Milchsatten, Milchtöpfe, graue Steintöpfe, Einmachtöpfe, Porzellanwaren, Glaswaren, Geschenkartikel, Einkochgläser

usw. usw.

empfehle solche billigst.

Wilhelm Bell jr., Halver.

Amts-Sparkasse Halver.

Zur weiteren Ausgestaltung der bargeldlosen Zahlungsweise haben das Postamt Halver Scheckkonto Nr. 400 und das Postamt Schalksmühle Scheckkonto Nr. 401 bei unserer Kasse eingerichtet.

Unserer Scheckkundschaft empfehlen wir, den Bargeldverkehr mit der Post durch Hingabe roter Ueberweisungsschecks zu ersetzen.

Halver, den 17. Juli 1920.

Der Sparkassen-Vorstand.

Amt Lüdenscheid.

Freitag, den 23. Juli ds. Js. findet im Amtshause hier ein Verkauf von **Nähgarn und Leder** zu billigen Preisen an jedermann statt.

Lüdenscheid, den 16. Juli 1920.

Der Amtmann.

Makulatur

in kleinen Posten abzugeben

Allgemeiner Anzeiger Halver.

Zum 1. Oktober (oder auch früher) suchen wir für unser Kontor eine tüchtige

Kontoristin,

welche fehlerfrei deutsch schreiben kann und in Kurzschrift und Maschineschreiben sehr gewandt sein muß. Anfängerinnen kommen nicht in Berücksichtigung. Kenntnisse in der französischen und englischen Sprache sind erwünscht, werden aber nicht zur Bedingung gemacht. Bei befriedigenden Leistungen ist die Stellung eine dauernde. Bewerbungen mit Bild und Zeugnisabschriften an

Metallwarenfabrik
P. W. Haurand, Halveri. W.

Eine Holzriemscheibe

2800 mm. Durchmesser,
260 „ breit,
80 „ Bohrung z. klemmen

gegen Höchstgebot zu verkaufen.

Walz & Drahtwerk,
Halver.

Wir geben billig ab:

Tannenbretter

in großen und kleinen Quantitäten.

Reitz & Schürmann,
G. m. b. H.
Halver i. W., Telefon 41.

Leere Kisten

hat abzugeben
Wilh. Bell jr., Halver.

Morgenmädchen oder Putzfrau

gesucht

Frau Carl Menke, Halver.

Bleyles

Knaben-Anzüge

in der bewährten früheren guten Qualität wieder lieferbar durch

Geschwister Vogt,
Halver.

Erhalte in den nächsten Tagen einen Waggon

Pferdehäcksel,

sowie einen Waggon

Thomasmehl.

Bestellungen nehme entgegen.

Albert Herdepe, Halver.

Thomasmehl, Kainit, Kali 42%, Chlorkali 53%

empfiehlt

Otto Ohler,
Ohl (Bez. Cöln).

Original Schmidts

Waschmaschinen

gebe wegen Aufgabe 25% unter Einkaufspreis ab.

Hch. Bitter, Lüdenscheid,
Thünenstr. 2.